

Gesundheitsreform

Keine Einschnitte bei Patienten

Wir haben in Deutschland eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Die Gesundheitsreform, auf deren Eckpunkte die christlich-liberale Koalition sich verständigt hat, sorgt dafür, dass das so bleibt. Angesichts eines prognostizierten Defizits im Gesundheitswesen von elf Milliarden Euro in 2011 musste gehandelt werden.

Unser oberstes Ziel war es, die erstklassige medizinische Versorgung für alle Versicherten in Deutschland zu erhalten, unabhängig von Alter und finanzieller Situation. Wir haben erreicht, dass die Reform ohne Einschnitte im Leistungskatalog und ohne zusätzliche Eigenbeteiligung der Patienten auskommt. Damit setzen wir das klare Signal, dass die weltweit anerkannte Hochwertigkeit unseres deutschen Gesundheitssystems auch in finanziell schwierigen Zeiten gewährleistet bleibt.



Die Koalition hat sich auf einen Mix von Maßnahmen zur Ausgabenbegrenzung und Einnahmesteigerung verständigt. Für die CSU war entscheidend, dass dabei die Lasten gerecht verteilt werden: zwei Milliarden Euro kommen zusätzlich aus Steuermitteln. 3,5 Milliarden Euro tragen die Leistungserbringer bei. An erster Stelle stehen hierbei Kostendämpfungen im Arzneimittelbereich und eine Reduzierung der Verwaltungskosten in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Daneben leisten auch Ärzte und Krankenhäuser einen Beitrag durch Begrenzung der vorausgesagten Ausgabenzuwächse. Weitergehende Einsparungen wären zu Lasten der Patienten und der Hochwertigkeit unseres Gesundheitssystems gegangen. Jeweils drei Milliarden Euro erbringen die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer

durch die Rückkehr zu dem Beitragssatz, der vor Juli 2009 galt. Vor der Wirtschafts- und Finanzkrise lag der allgemeine Beitragssatz bereits bei 15,5 Prozent und wurde zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Krise vorübergehend auf 14,9 Prozent abgesenkt. Dieser Schutzschirm zur Abmilderung der Krisenfolgen in den Sozialsystemen kam Arbeitnehmern wie Arbeitgebern gleichermaßen zu Gute. Deshalb erfolgt auch die Rückanhebung der Beiträge paritätisch für Arbeitnehmer und Arbeitgeber um je 0,3 Prozentpunkte. Das ist unvermeidlich und angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung auch verantwortbar.

Für künftige Kostensteigerungen aufgrund von Demographie und medizinischem Fortschritt wird die bereits vorhandene Möglichkeit für Krankenkassen erweitert, individuelle Zusatzbeiträge zu erheben. Dies erfolgt in der bestehenden Systematik, ein Systemumbau ist nicht erforderlich. Die beitragsfreie und zusatzbeitragsfreie Familienversicherung bleibt selbstverständlich erhalten. Künftig kann jede Kasse Zusatzbeiträge als festen Betrag selbst nach ihrem Finanzbedarf erheben. Dabei soll niemand überfordert werden – deshalb wird es einen Sozialausgleich geben und die Möglichkeit, aus einer Kasse mit hohen Zusatzbeiträgen jederzeit in eine günstigere Kasse zu wechseln.

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die 70 Millionen Menschen in Deutschland in der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es drei gute Botschaften:



1. Das größte jemals vorhergesagte Defizit in der gesetzlichen Krankenkasse mit elf Milliarden Euro wird nicht entstehen. Deshalb wird es auch zu keiner Pleitewelle bei den Krankenkassen kommen.
2. Die Menschen in Deutschland werden auch im Jahr 2011 nicht die zweitbeste oder drittbeste Behandlung bekommen, sondern die beste. Die Exzellenz des deutschen Gesundheitswesens bleibt im weltweiten Vergleich gewahrt. Leistungskürzungen, höhere Eigenbeteiligungen, teure Operationen ab einem bestimmten Alter nur noch als Selbstzahler, finden in Deutschland nicht statt.
3. Alle Partner im Gesundheitswesen wissen jetzt woran sie sind und können ihre Planungen darauf einstellen.

Die Ausgaben und Einnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung sind wieder im Gleichgewicht, weil wir zu allererst die Ausgaben begrenzt haben: Kürzungen bei den Arzneimitteln und der Pharmaindustrie, im Pharmagroßhandel und damit auch mit Wirkung auf die Apotheken von 1,6 Milliarden Euro. Kürzungen bei den Verwaltungsausgaben der Krankenkassen. Begrenzung der Impfstoffe auf internationale Referenzpreise. Weniger Ausgaben als in der Defizitprognose, bei den Krankenhäusern und bei den Ärzten. Das heißt geringere Zuwächse.

Nachdem alle Sparbemühungen ausgeschöpft worden sind, haben wir auch die Solidargemeinschaft aller Steuerzahler an den Beteiligungen des Defizits mit zwei Milliarden zusätzlich beteiligt. Und weil das alles immer noch nicht ausgereicht hat, werden die paritätischen Beiträge von Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf 15,5 Prozent wieder hergestellt. Dazu kommt ein Zusatzbeitrag bis zu 2 Prozent.

Mit freundlichen Grüßen

Solarstrom-Förderung

Mehr Licht für Photovoltaik!

Deutschland ist im Bereich der Photovoltaik weltweit technologisch führend. Die unionsgeführte Bundesregierung stärkt diese exportstarke Branche durch neue Förderrichtlinien.

Bundestag und Bundesrat haben in dieser Woche eine Neuregelung der Solarstrom-Förderung beschlossen. Während die bisherigen Subventionszahlungen an die Photovoltaik-Branche darauf ausgerichtet waren, die Markteinführung dieser neuen Technologie voranzutreiben, reagiert die Regierungskoalition nun auf den großen Erfolg der Solarbranche. Damit schafft die christlich-liberale Bundesregierung die Basis für eine bessere Integration der Photovoltaik in den Energiemix. Dazu bedarf es eines weiteren Innovationsschubes.

Die bisherige Förderung sorgte nach eigener Auskunft der Solarbranche für vom Steuerzahler finanzierte Renditen im zweistelligen Prozentbereich. Durch die nun vollzogene Re-

duzierung der Fördersätze beseitigten Union und FDP diese Überförderung, die sich zuletzt innovationshemmend



Solaranlage auf dem Dach des Bundeskanzleramtes
Quelle: Bundesbildstelle Bionert

auswirkte. Gleichzeitig wurde der Zielkorridor für den Ausbau der Photovoltaik auf 3.500 Megawatt pro Jahr angehoben. Durch diese Verdopplung bekennt sich die unions-

geführte Bundesregierung deutlich zu den regenerativen Energien.

In den Verhandlungen hat sich die CSU-Landesgruppe besonders für einen realitätsnahen Vertrauensschutz eingesetzt. Dabei ist es den Christsozialen gelungen, dass für alle neuen Solaranlagen die alten Fördersätze bis zum 01. Juli 2010 galten. Außerdem konnte die CSU für Freiflächenanlagen eine Übergangsfrist bis zum 25. März 2010 durchsetzen.

Sollte vor diesem Termin ein Satzungsbeschluss für einen Bebauungsplan vorgelegen haben, der den Bau von Photovoltaikanlagen vorsieht, dann gelten die ursprünglichen Fördersätze noch bis zum 31. Dezember 2010.

Diese Woche

Gesundheitsreform Keine Einschnitte bei Patienten	1
Solarstrom-Förderung Mehr Licht für Photovoltaik!	2
Internet-Politik Das digitale Zeitalter läuft	2
Bundeshaushalt 2011 Schuldenbremse wirkt	3
Bildung Linke versagt	3
Verkehrspolitik Erleichterung für Motorradfahrer	4
Außenpolitik Kabul-Konferenz für Übergabe in Verantwortung	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Internet-Politik

Das digitale Zeitalter läuft

Die Digitalisierung der Gesellschaft in Deutschland war in dieser Woche Thema im Deutschen Bundestag. Experten aus der ganzen Republik berichteten über die Auswirkungen dieser Entwicklung. Die vom Bundestag eingesetzte Enquête-Kommission „Internet und das digitale Zeitalter“ hatte zu einem gründlichen Austausch eingeladen, um zu Beginn ihrer Tätigkeit einen möglichst umfassenden Überblick über Trends in der digitalen Welt zu erhalten.

In einigen Bereichen der Digitalisierung hat Deutschland – insbesondere im Bereich des Internets und der Internetgesellschaft – durchaus Nachholbedarf. Das ist das Ergebnis einer intensiven Sitzung der Bundestags-Kommission zum Internet und zum digitalen Zeitalter mit Sachverständigen aus ganz Deutschland. Der Bundestag misst diesem Thema eine hohe Bedeutung zu, da sich beispielsweise technische Entwicklungen aufgrund der weltweiten Vernetzung heute nicht mehr nur in einzelnen Ländern, sondern global vollziehen.



Die Experten waren sich aber darin einig, dass Deutschland über einen

sehr guten Datenschutz und eine sehr hohe Datensicherheit verfügt. Hierdurch setze Deutschland weltweite Maßstäbe für einen sicheren Umgang mit persönlichen Daten. Dies stelle gerade auch eine beachtliche Chance für den Export entsprechender Sicherheitstechnologien dar. Die Sachverständigen stimmten auch darin überein, dass diese rechtlichen Standards nun nur noch behutsam fortgeschrieben werden sollten. Hierbei müsste die Innovationsfreundlichkeit entsprechender Regelungen stärker berücksichtigt werden als bisher. In den Projektgruppen der Kommission werden die Ergebnisse der Anhörung in den nächsten Monaten ausgewertet und bewertet werden.

Bundshaushalt 2011

Schuldenbremse wirkt

Am Mittwoch einigte sich die christlich-liberale Koalition auf den Haushaltsplan für 2011. Erstmals war dabei die von der unionsgeführten Bundesregierung eingeführte Schuldenbremse zu beachten. Durch die Senkung des Haushaltsdefizits sichert die Koalition die Handlungsfähigkeit des Staats und die Generationengerechtigkeit.

Der Bundshaushalt 2011 ist der erste Haushalt, auf den die neue verfassungsrechtliche Schuldenregel Anwendung findet. In der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen hatten CDU, CSU, SPD und FDP gemeinsam diese Schuldenbremse im Grundgesetz beschlossen und damit alle folgenden Regierungen auf eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik verpflichtet.

Den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren ist nach der schwerwiegenden Wirtschafts- und Finanzkrise das Gebot der deutschen wie der europäischen Politik. Schwere Auswirkungen der Krise auf Konjunktur und Arbeitsmarkt konnten in Deutschland durch kostenintensive stützende Maßnahmen abgewandt werden: Im Juni waren sogar weniger Menschen arbeitslos als vor zwei Jahren. Nun, da sich die wirtschaftliche Entwicklung deutlich stabilisiert hat, zeigt die christlich-liberale Regierungskoalition Verantwortung und leitet den Ausstieg aus den zahlreichen und

umfangreichen konjunkturstützenden Maßnahmen ein. Damit sichern Union und FDP die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Landes auch für die Zukunft. Der nun von der Regierungskoalition eingeschlagene



Weg der Haushaltskonsolidierung muss daher auch in den folgenden Jahren konsequent weiterverfolgt werden.

Der nun vorgelegte Haushalt für das kommende Jahr erfüllt die Anforderungen der Schuldenbremse. Neben dem im Juni verabschiedeten Sparpaket der Bundesregierung trägt

die sensationell gute Lage auf dem Arbeitsmarkt zu einer deutlichen Entlastung des Haushalts bei. Doch die Aufgabe der Schuldenreduktion ist damit nicht erfüllt: Bis zum Jahr 2016 muss die strukturelle Neuverschuldung auf rund zehn Milliarden Euro reduziert werden. Das ist eine Herkulesaufgabe. Doch mit dem jetzt vorliegenden Finanzplan hat der Bund bereits rund zwei Drittel der Wegstrecke hinter sich gebracht.

Vorbild für die nun erstmals relevante Schuldenregel war der auf Initiative des früheren CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Theo Waigel verabschiedete Europäische Stabilitätspakt aus dem Jahr 1997. Die Schuldenbremse verhindert eine politisch nicht vertretbare Abwälzung finanzieller Lasten auf kommende Generationen. Seit jeher hatte sich die CSU-Landesgruppe für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik stark gemacht. Eine solide Budgetplanung war, ist und bleibt ein Markenzeichen der CSU.

Bildung

Linke versagt

Der Nachfolger des bisherigen PISA-Ländervergleichs belegt erneut: Bayern ist deutschlandweit Spitze, sozialdemokratische Bildungspolitik führt dagegen in die Misere.

Bayerns Schulen leisten hervorragende Arbeit; bayerische Kinder bekommen in allen Schultypen eine exzellente Ausbildung: Das ist das Ergebnis des neuen Länder-Bildungsvergleichs. Der Freistaat belegte dabei in allen getesteten Bereichen der Fächer Deutsch und Englisch den ersten Platz. Gefolgt wird Bayern vom unionsgeführten Baden-Württemberg, Schlusslicht in fast allen Disziplinen ist – wie schon in früheren Studien – Bremen.

Bayerns Schülerinnen und Schüler waren ihren gleichaltrigen Mitschülern in einzelnen Ländern im Kompetenzer-

werb rund eineinhalb Jahre voraus. Besonders erfreulich ist das gute Abschneiden der bayerischen Haupt- und Realschüler. Auch die Leistung der Migrantenkinder in Bayern liegt im deutschen Vergleich in der Spitzengruppe, während hier wiederum Berlin und Bremen die Schlusslichter bilden.

Das Ergebnis hat den rot-rot-grünen Miesmachern des bayerischen Schulsystems jegliche Grundlage entzogen. Denn die Studie belegt einmal mehr den Erfolg der christsozialen Strategie der Leistungsorientierung und individuellen Förderung. Linke

Gleichmacherei sorgt dagegen für schwache Leistungen aller Schüler. Wenn die Macher der Studie die geringe Abiturientenzahl in Bayern kritisieren übersehen sie jedoch eines:

Der Besuch eines Gymnasiums ist sicher ein guter, in Bayern aber lange nicht der einzige Weg zu guten Zukunftschancen der Absolventen. Bildungsgerechtigkeit wird in Bayern auch dadurch verwirklicht, dass mittlerweile über 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler den Zugang zur Hochschule nicht über das Gymnasium, sondern über den beruflichen Bildungsweg erwerben.

Verkehrspolitik

Erleichterung für Motorradfahrer

Eine neue Richtlinie der EU erlaubt ein einfacheres Verfahren für den Erwerb der Fahrerlaubnis für Motorräder. Die Koalitionsfraktionen von Union und FDP fordern die Bundesregierung auf, diese erleichterten Bedingungen in nationales Recht umzusetzen.

Viele Kraftfahrer, die bereits über Jahre hinweg ein Fahrzeug führen, müssen zum heutigen Zeitpunkt noch eine langwierige Theorieausbildung und -prüfung absolvieren, um den Motorradführerschein zu erlangen. Das kostet Zeit und Geld und ist oft unnötig, da die Prüflinge die Regeln im Straßenverkehr bereits kennen und in der Praxis anwenden.

Daher fordern CDU, CSU und FDP die Umsetzung einiger nun nach EU-Recht möglichen Vereinfachungen: Einerseits sollen Personen, die länger als 15 Jahre einen Führerschein der Klasse B besitzen, für den Führerschein A1 nur noch eine spezifische theoretische Prüfung ablegen sowie nach einer praktischen Ausbildung am Motorrad eine praktische Prüfung absolvieren müssen.

Wer bereits zwei Jahre oder länger einen Führerschein der Klasse A1

besitzt, soll nach Willen von Union und FDP gar keine Theorieprüfung mehr ablegen müssen. Eine analoge Forderung stellen die Regierungskoalitionen für A2-erfahrene Personen, die einen Führerschein der Klasse A erhalten wollen.



Personen, die eine Fahrerlaubnis der früheren Führerscheinklasse 3 noch vor dem 01. April 1980 erworben haben, sollen neben der praktischen Ausbildung und Prüfung für Motorräder der Klasse A2 nur eine spezifische Theorieprüfung absol-

vieren müssen. Diese Fahrerlaubnis umfasst nämlich bereits Leichtkrafträder, die der Klasse A1 entsprechen. Außerdem fordern Union und FDP, das Mindestalter für den Moped-Führerschein auf 15 Jahre zu senken. Die Absenkung des Mindestalters für die Klasse AM kommt vor allem auch Auszubildenden des Handwerks in ländlichen Räumen zugute.

Das Bundesverkehrsministerium wird diese Forderungen in den kommenden Wochen prüfen. Dabei stehen die Belange der Verkehrssicherheit im Mittelpunkt.

Jedenfalls wird der Erwerb des Moped-Führerscheins mit einer umfassenden theoretischen und praktischen Fahr- und Verkehrsausbildung einhergehen, die das Risikobewusstsein der Jugendlichen im Vergleich zum heutigen Stand deutlich erhöhen wird.

Außenpolitik

Kabul-Konferenz für Übergabe in Verantwortung

In einem weiteren Schritt in Richtung „Übergabe in Verantwortung“ findet Ende Juli eine weitere Konferenz in Kabul statt, an der hochrangige Vertreter aller Truppensteller teilnehmen werden. Aus diesem Anlass befasste sich der Deutsche Bundestag im Rahmen einer ausführlichen und ernsthaften Debatte abermals mit allen Aspekten des Einsatzes.

Der Stabilisierungs- und Aufbaueinsatz in Afghanistan bleibt der internationalen Gemeinschaft ein wichtiges Anliegen. Am 20. Juli werden unter anderem der deutsche Außenminister und seine US-amerikanische Amtskollegin in Kabul zusammenkommen, um die weiteren Schritte zum Erfolg des Afghanistan-Einsatzes zu erörtern. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hatte im Vorfeld der aus diesem Anlass geführten Bundestags-Debatte die Kernpunkte des deutschen Engagements verdeutlicht: Kurz vor den afghanischen Parlamentswahlen stelle sich die Sicherheitslage sehr unterschiedlich dar, der Einsatz bleibe weiterhin hochgefährlich. Vorrang

habe weiterhin die Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee. Auf der Kabuler Konferenz werde



Unterwegs mit dem Maultier in Tawa Tash

die Verantwortung, die hierbei die afghanische Regierung trage, klar zur Sprache kommen.

Der Verteidigungsminister betonte ebenfalls, dass eine erfolgreiche Bewältigung der Mission in Afghanistan auch nach dem Wechsel in der amerikanischen Militärführung eine Gemeinschaftsanstrengung der Bündnispartner bleiben müsse. Zusätzlich unterstrich er erneut seine Entschlossenheit, den in Afghanistan eingesetzten Bundeswehrsoldaten die notwendige Ausrüstung zu kommen zu lassen. Mit den in dieser Sitzungswoche unterbreiteten Vorschlägen zur Verbesserung der Soldatenversorgung zeigten die Abgeordneten von Union und FDP erneut, dass auch für sie die Sorge um Leib und Leben unserer Soldaten oberste Priorität hat.